

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847

65 (14.8.1847)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Juli bis 30. Dezember 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 kr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

Die Rundschau.

N^o 65.

Karlsruhe, Samstag den 14. August

1847.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 kr. für den Raum der dreißigstigen Zeile berechnet.

Karlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

Dritter Platz.

Wenn die deutschen konstitutionellen Staaten auch einmal dahin gebracht sein werden, daß die Ministerien als eine Sache der Nothwendigkeit aus den Mehrheiten der Kammern hervorgehen; wenn also der Kampf um die Wahlen nicht mehr die Form und den Sinn einer Feindseligkeit gegen die Regierung oder einer Vertheidigung derselben haben wird, sondern eines Ringens unter Gleichstehenden um einen beiden Theilen möglichen Preis; dann wird sich auch der Geist der ganzen Handlung ändern, dann werden wir auch mehr Theilnahme und zu gleicher Zeit mehr Unterwerfung unter das augenblickliche Ergebnis haben.“ Diese Stelle der deutschen Zeitung empfehlen wir Herrn Hofrath Platz zur Beherzigung. Sie wäre wenigstens geeignet, seinen Eifer gegen die Opposition abzukühlen, die unter unsern Verhältnissen doch nicht daran denken darf, an das Ruder zu kommen, und sich einstweilen darauf beschränken muß, zu verhindern, daß die Rückschrittspartei nach Belieben das Steuer lenke. Doch — Herr Platz wird nichts beherzigen; er läßt nicht ab von seinen eben so großartigen als unglücklichen Bemühungen, im Morgenblatte Servillismus zu predigen; er schmeichelt den Machthabern, er schmähzt die unabhängigen Vertreter des Volkes, er kennt keine Grundsätze, er klammert sich nur an Personen, er sieht und hört nichts mehr und rennt blindlings in den Sand, den er Ändern in die Augen streuen wollte.

Es war am Dienstag, 10. August, als das Mannheimer Morgenblatt mit dem ersten Abschnitt der Abhandlungen über „die bevorstehenden Ergänzungswahlen zur zweiten Kammer“ zu Ende kam. Dieser erste Abschnitt, eine kaum zu berechnende Anzahl von Fortsetzungen enthaltend, trug die besondere Ueberschrift: 1) die deutsche Zeitung. Es war darin meistens von der Rundschau, weniger von der deutschen Zeitung, am wenigsten von den Ergänzungswahlen die Rede. Herr Platz mag sich eine Aufgabe setzen, welche er will, so kommt er auf die Rundschau zu sprechen; sie nimmt nächst der Censurmotion die erste Stelle in seinen Gedanken ein. Um so schätzenswerther ist die Selbstverläugnung, womit Herr Platz in seinem Schlussartikel die Rundschau gar nicht nennt, — freilich, um bald mit verstärkter Reizung auf sie los zu gehen, — wie wir später sehen werden.

Das erwähnte Ende des Anfangs der Platzischen Abhandlungen veranlaßt der deutschen Zeitung die Bemerkung, daß seit dem Schlusse des Landtags Manches nicht unberücksichtigt geblieben sei, was vorher von der Regierungsbank scharf abgewiesen worden war. Herr Platz würde dies selbst nicht läugnen, wenn es die Opposition nicht als Zugeständnisse ansehen und daraus die Hoffnung schöpfen könnte, auf dem

nächsten Landtage in Uebereinstimmung mit der Regierung die Geschäfte des Landes zu besorgen. Aber dieser Gedanke ist ihm unerträglich, und deshalb wagt er den Versuch, zu läugnen, was so klar ist, wie der Tag.

Die Haltung der badischen Regierung bei dem Bundestage in der Presssache ist besser, als ihre Aeußerungen in der Kammer erwarten ließen. Herr Platz sagt, dies sei falsch. Allein in der 11. Sitzung vom 22. Mai erklärte ein Minister: die Regierung könne nicht erwarten, daß die Bundesversammlung auf einen Vorschlag zur Abänderung der bestehenden Bundespressbestimmungen eingehen werde und müste es daher für ganz verkehrt erachten, einen offenbar erfolglosen Schritt deshalb zu versuchen. — Dessenungeachtet hat die Regierung diesen Schritt versucht, und über den Erfolg wird uns die Zeit belehren. Die deutsche Zeitung hat also die Wahrheit behauptet, und Herr Platz behauptet die Unwahrheit. Die gegenwärtige Zusammensetzung des Ministeriums des Innern beweist ebenfalls, daß nicht Alles unberücksichtigt geblieben ist, was vorher abgewiesen war. Hier zu widersprechen, scheint selbst dem Herrn Hofrath etwas zu stark; er läßt daher der Opposition die Freude über diese „Concession“ labt sich an dem Hoffnungsschimmer, ihr dieselbe in Zukunft zu vergällen, fühlt sich aber so angegriffen, daß er in folgendes Kauterwälsch hineinschwindelt: „Daß endlich das Verhältniß zwischen Beamten und Bürgern ein anderes, besseres geworden, ist auch eine rein willkürlich in der Verlegenheit ersommene Unglimpfung der vorigen Verwaltung beweislos hingestellte Behauptung.“ Hier fehlt jede Spur von Sinn und Verstand; die Leidenschaft gegen die Opposition hat in dem hoffrathlichen Gehirne einen traurigen Sieg erröthet; dem Publikum selbst, dem des Morgenblattes, kann der Anblick solcher Zerrüttung unmöglich angenehm sein. Dieselbe steigert sich noch zu dem Wunsche, das Volk möge im Geiste des preussischen Landtags wählen, der bekanntlich alle Geld- und Creditbewilligungen verweigert hat. Das ist der für den Verfasser traurige Ausgang des ersten Abschnittes seiner neuesten Ergießungen gegen die Opposition.

Wir unserer Seite fragen gar nicht darnach, ob eine Regierungshandlung als Zugeständnis für die Opposition anzusehen ist, oder nicht; ist sie gut, so mag sie veranlaßt haben, wer da will, wir sind zufrieden; Herr Platz dagegen geräth, wie wir leider gesehen haben, ganz außer sich, sobald er nur von ferne daran denkt, daß einem Wunsche des Volkes darum entsprochen werde, weil er von der Mehrheit der Volksvertreter geäußert wurde. Dieser Umstand allein wäre jedoch kaum hinreichend, die eben erwähnte Schlusskatastrophe vollständig zu erklären; dazu gehört vielmehr noch die weitere Thatsache, daß die Abhandlung sich der „Nr. 2 die Rundschau“

genähert hat, wobei aus ofgedachten Gründen, Herr Hofrath Plaz in eine ungenießbare Stimmung verfällt, welche sich schon bei der Annäherung spüren läßt.

Der zweite Abschnitt beginnt im Morgenblatt vom 11. August und verspricht nicht minder lang, ja noch länger zu werden, als der erste über die „deutsche Zeitung.“ Denn erstens wiederholt der zweite dasjenige, was der erste schon enthalten hatte, und außerdem kommt noch als Würze die besondere Höflichkeit hinzu, welche sich Herr Plaz gegen den Herausgeber der Rundschau zur Pflicht macht. Die Wiederholungen übergehen wir; dagegen können wir uns das Vergnügen nicht versagen, den Ausdruck der Gefühle wiederzugeben, welche eine Stelle der Rundschau in Herrn Plaz erregte. Diese Stelle warnt nämlich das Volk vor der Rückschrittpartei, welche die Kammer zu einer Versorgungsanstalt für sich und ihre Angehörigen machen würde, wenn sie sich selbst das Budget votirte. Diese Stelle scheint offenbar Herrn Plaz gefährlich, nicht für die Wahl in Wertheim, denn dort ist für ihn alle Gefahr vorüber, aber für Tauberbischofsheim, auf welchem seine Hoffnung — wiewohl vergeblich, ruht. Darob bricht er in folgende Redensarten aus: „Wird es (Tauberbischofsheim oder — das Volk?) den platten Unsinns dieser gemeinen Denunciation nicht erkennen? Ist unter dem Ministerium Winter, wo diese Rückschrittpartei (!) die Mehrheit hatte, die Kammer eine solche Versorgungsanstalt gewesen und das Budget von der Mehrheit für sich votirt worden? War nicht der Ruhm des geordneten Staatshaushalts, gewissenhafter Sparsamkeit und redlicher Verwendung der Staatsgelder unter der Leitung eines Böckh, ein vom ganzen Land, ja von ganz Deutschland anerkannter? (Hieran ist die Rückschrittpartei sehr unschuldig, und wenn es auf die Opposition ankäme, wäre Herr v. Böckh jetzt noch Finanzminister.) Oder war Herr v. Rüdert der Mann, der Staatsgelder zu Gunsten der Kammermehrheit verschenkte? Kein Mensch hat ihn dessen je beschuldigt. Diejenigen aber haben Tausende und abermals Tausende verschleudert, die die Landtage möglichst in die Länge zogen, um ihre Schaugesichte und Prunkreden (Censurmotionen) aufzuführen; unähnlich den alten römischen Magistraten, die das Volk mit Spielen aus ihrem Beutel (den sie aus dem Raube der halben Welt füllten) unterhielten, haben sie das Volk selbst die Kosten der parlamentarischen Spiele bezahlen lassen (die allen Reiz verloren hatten, seit die Wertheimer Herrn Plaz nicht mehr mitspielen ließen,) — und sie sprechen von Sparsamkeit, von Verwandelung der Kammer in eine Versorgungsanstalt! Gewa für literarische Proletarier? die ministerielle Majorität zählte keine solche unter sich.“

Herr Plaz bemüht sich, für seine Rückschrittpartei anständige Gesellschaft zu gewinnen, und zieht unbedenklich die Herren v. Böckh und v. Rüdert mit hinein. Dagegen haben wir nichts einzuwenden. Allein, um durch das längst abgenutzte Mittel der Reactionäre, die Kosten des Landtags als Waffe gegen die Opposition zu brauchen, zu der Spitze der literarischen Proletarier durchzudringen, dazu gehörte von Seiten des Herrn Hofraths eine Schwäche des Gedächtnisses, die der Nachhülfe bedarf.

Wir wollen nicht von den Zulagen und Beförderungen reden, die auf den Landtagen durch Kammerdienste verdient worden sind. Aber unter dem Ministerium Rüdert wurde nachgewiesen, daß Staatsgelder zur Unterstützung des Morgenblatts, der Frei-

burger und der Karlsruher Zeitung verwendet wurden, wozu sie nicht bewilligt wären, wovon aber Herr Plaz seinen Theil erhalten hat. Er wirft uns den „literarischen Proletarier“ hin; gut, wir nehmen ihn an. Wir leben von unserer Arbeit, doch ohne unsere Ueberzeugung zu verkaufen. Aber bedenkt denn der Herr Hofrath nicht, daß auch Er in die Klasse der literarischen Proletarier gehört; oder wohin denn sonst? Und daß gerade für ihn die Kammer zur Versorgungsanstalt geworden war; hat er vergessen, wie es in der Kammer gerügt wurde, daß ihm neben der Befoldung während seiner Abwesenheit auf dem Landtag, und neben dem Honorar für die schlechte Bearbeitung der Landtagsverhandlungen für die Karlsruher Zeitung, der Staat auch noch einen Stellvertreter für seine Lehrstühle bezahlte? — Einen zweiten literarischen Proletarier der Art hatte die ministerielle Majorität freilich nicht, und seitdem H. Plaz beseitigt ist, hat sie gar keinen solchen mehr. Aber — kühn war es von ihm, diese Sachen selbst auf das Tapet zu bringen; kühn — oder blind vor Leidenschaft war er, sonst hätte er sich doch nicht selbst an den — Ehrenplatz gestellt.

Nachschrift. In der neuesten Fortsetzung schiebt der Hr. Hofrath der Rundschau unter Anderm folgende Behauptungen unter: 1. Die Herren v. Rüdert, v. Böckh, Rebenius, Eichrodt, v. Dusch, hätten gegen die Verfassung conspirirt. 2. Sie wolle der Verfassung das Prinzip der Volkssouveränität unterschieben, das Verwaltungsrecht der Regierung antasten, den Schwerpunkt der letzteren in die Kammer verlegen und den Absolutismus parlamentarischer Omnipotenz begründen, der hundert Mal verderblicher für das Volk wäre, als es je der unbeschränkte monarchische sein könnte. Das lehre die Geschichte (Herr Plaz findet also die Russen viel glücklicher als die Engländer). — Wer diese Behauptungen in der Rundschau entdeckt, erhält eine gute Belohnung. Herr Plaz, der sie eronnen, verwechselt, wie andere Anhänger des Polizeistaates, die Monarchie mit der Beamtenherrschaft (Bureaucratie). Aber „die Geschichte lehrt,“ daß eine monarchische Regierung, welche sich auf das Volk stützt, (wie England), weit heilsamer für das Land ist, als eine solche, die sich auf eine Beamtenlaste verläßt. Darum ist auch Preußen auf dem Wege, sich von der Beamtenherrschaft los zu machen, und eine volkshümliche (constitutionelle) Monarchie zu werden. Darum liegt es auch im höchsten Interesse des Volkes, die Mehrheit in der Kammer nicht an Beamte auszuliefern, sondern unabhängige Bürger zu wählen. Im andern Falle wird der Verfassungsstaat die schlimmste aller Täuschungen.

Der Herr Hofrath behauptet ferner, unter andern Verfehrtheiten: „die Mißgriffe in der Urlaubfrage brachten später die Reaction hervor,“ während Jedermann weiß, daß umgekehrt, die Reaction die „Mißgriffe“ der Urlaubfrage hervorbrachten. Oder woher stammten sonst diese „Mißgriffe?“ Wären sie gelungen, H. Plaz würde sie glänzend als vortreffliche Maßregeln verteidigt haben, aber da sie an der politischen Einsicht und dem Muth der Bürger scheiterten, so nennt er sie Mißgriffe. Endlich will der H. Hofrath nicht verstehen, wie eine jeder Regierung ergebene Mehrheit eine gute Verwaltung stürzen könne. Wir verzichten auf jeden Versuch, ihm dies begrifflich zu machen.

(Aus dem Badischen). Die Karlsruher Zeitung vom 3. d. M. brachte aus Mosbach einen Artikel, wornach am 31. Juli noch über die hohen Brodpreise Klage geführt und deren auffallende Ungleichheit zu den Preisen in den benachbarten Aemtern hervorgehoben wurde. Ueber solche Erscheinungen im Odenwald darf man sich nicht wundern. Während nämlich die Presse in den Monaten der Theuerung aus allen Theilen des Landes Berichte über die hohen Preise der Lebensmittel brachte und ein Bild des Zusammenwirkens aller Stände darbot, um sie zu mindern, fehlten aus dem Odenwald alle dahin einschlagenden Mittheilungen und man hätte denken können, diese Gegend sei von keiner Noth heimgesucht, wenn nicht die Resultate der Sammlungen zum Besten der armen Odenwälder veröffentlicht worden wären. So lange freilich die Bürger jener Gegend nicht einmal bei den wichtigsten materiellen Fragen eine vereinte Thätigkeit entwickeln und wo sie das öffentliche Interesse verletzt finden, sowohl bei den höheren Behörden Beschwerde erheben als auch die Ursachen vor den Richterstuhl der Oeffentlichkeit bringen, so lange sie bei den Wahlen der Gemeindebehörden, die in Bezug auf Befestigung solcher Mißstände gar Vieles leisten können, die fähigeren Bürger unberücksichtigt lassen, so lange sie Alles vom nächsten Beamten gemodelt haben wollen und ihnen nichts convenirt, was nicht durch ein Bureauir gegangen und dort genehmigt ist, so lange müssen sie auch hinnehmen, was ihnen die Polizei gibt. Die letztere ist aber eine so reiche Fundgrube für die Thätigkeit eines Polizeibeamten, daß es seine menschliche Natur schon mit sich bringt, der einen Materie, als dem Lieblingssthema, mehr Sorgfalt zu widmen, als der andern, die er vielleicht als eine einfache Sache seinem Actuar überlassen zu können glaubt, und wenn dies gerade die Regulirung der Brodtare ist, so erhält das schweigende Publikum, was ihm der Actuar, wenn auch mit unterschriftlicher Genehmigung des Beamten, angeboten hat. Daß aber an manchen Aemtern des Odenwaldes der Mißbrauch besteht, die Eileidigung von Verwaltungs- und Polizei-Sachen den Actuaren zu überlassen, darüber sind uns schon zu bestimmte und detaillirte Thatsachen mitgetheilt worden, als daß an ihrer Wahrheit zu zweifeln wäre.

Karlsruhe, 12. August. Der große Bürgerauschuß erledigte in seiner heutigen Sitzung die Stadtbaufrage in ihren Einzelheiten, nachdem in der Sitzung desselben Collegiums vom 5. Juli die Hauptgrundsätze hierüber festgestellt waren. Die vom Gemeinderathe zur Berathung und Abstimmung vorgelegten Anträge wurden vom großen Auschuß sämmtlich mit bedeutender Mehrheit angenommen, und dadurch die vor dem südlichen Theile der Stadt und hinter dem Bahnhof liegenden Gelände als Baupläze erklärt, die als Vorstadt zu behandeln und vor der Hand nicht in den Stadtschuß zu ziehen sind; die Strecke im südwestlichen Theile soll ebenfalls ausgebaut werden dürfen und die Art des Stadtschusses auf dieser Strecke den betheiligten Güterbesitzern resp. Bauunternehmern überlassen bleiben; das für die Straßen nothwendig werdende Terrain, deren Richtungen bestimmt wurden, haben die betreffenden Güterbesitzer unentgeltlich liegen zu lassen und die Kosten unter sich auszugleichen, es kann dafür keinerlei Entschädigung an die Stadtkasse gemacht werden; die Bauunternehmer entsagen allen Ansprüchen auf Herstellung von Straßen,

Pflaster etc. und es haben die städtischen Collegien hierin weitere geeignete Maßnahmen zu bestimmen, wenn erst zwei Drittel einer neuen Straße ausgebaut sind. — Diese Beschlüsse gelten der Gr. Regierung gegenüber als Wünsche der Gemeinde, welche von dieser noch zu genehmigen sind und wohl auch keinem Anstand unterliegen werden. — Ein weiterer Gegenstand der Tagesordnung war das Gesuch eines Ausländers um bürgerliche Aufnahme in hiesige Gemeinde, welche vom Gemeinderath verweigert, von dem kleinen und großen Auschuß genehmigt wurde. — Den Schluß bildete die Wahl zweier Gemeinderäthe für die freiwillig ausgetretenen Herren Baug und Schweig; die meisten Stimmen erhielten von 129 Abstimmenden Strickermeister Nagel (102) und Seifensiedermeister Fr. Kiefer (96). (Kaufmann Spreng, als der nächste in der Stimmenzahl, erhielt 23 Stimmen).

Bei der ganzen Verhandlung zeigte sich ein würdiger Ernst und parlamentarischer Takt; die Reden wurden stenographirt und werden wie früher in dem hiesigen Beobachter veröffentlicht.

Mannheim, 12. August. Hiesige Blätter bringen spärliche Nachrichten von einer Ergebenheitsadresse, welche zahlreich unterzeichnet, von einer Deputation an den Großherzog überbracht werden sollte, um mit dem Glückwunsche zu dem Allerhöchsten Geburtsfeste die Einladung zu einem Besuche der Stadt Mannheim zu verbinden. Nach dem Mannheimer Journal sind von einer Versammlung der Unterzeichner im Badener Hof fünfzehn Mitglieder gewählt worden, um aus ihrer Mitte eine Deputation zur Ueberreichung der Adresse zu ernennen. Nach dem Morgenblatt wird die Deputation demnächst nach Karlsruhe reisen. Die Scheu und Aengstlichkeit, womit dieser zarte Gegenstand in der Presse behandelt wird, scheint anzuzeigen, daß dabei nicht Alles so ist, wie es sein sollte. Kein Zweifel, daß ein würdiger Ausdruck der Gefühle der Treue und Anhänglichkeit an den Großherzog bei einer passenden Gelegenheit, die Sympathien aller Bürger Mannheims vereinigen würde. Allein es stellte sich heraus, daß hier die Sache von einigen Wirthen ausgegangen war, welche zur Beförderung ihrer Anliegen wegen Beschränkung der Bierkeller und Koftgebereien eine Deputation nach Karlsruhe gesendet hatten; daß ferner die Adresse nach Form und Inhalt nicht geeignet ist, als Ausdruck der Gefühle einer gebildeten Bürgerschaft zu gelten. Daher kam es, daß Viele ihre Unterschriften verweigerten, Andere bereuten, ihre Namen unterschrieben zu haben, ohne sich vorher über die Entstehung und den Inhalt der Adresse zu verlässigen. Daher kam ferner, daß in einer ersten Versammlung der Unterzeichner von 75 Geladenen nur 15, in der zweiten, öffentlich ausgeschriebenen, von 1025 nur 57 erschienen, daß von den zum Auschuß ernannten Fünfzehn, wovon die meisten nicht in der Versammlung anwesend waren, Einer sogar die Adresse nicht unterzeichnet und daher die Wahl öffentlich abgelehnt hat sich nur 7 bei einer ersten Berathung einfanden, und die Wahl einer Deputation nicht zu Stande kam, so daß eine zweite Zusammenkunft auf heute angefragt wurde, deren Ergebnis wir noch nicht kennen. Diese Zusammenkünfte fanden auf dem Rathhause statt, obgleich die Sache nicht als Gemeindeangelegenheit behandelt wurde, und die Gemeindebehörde ihr fremd ist. Die Adresse ist einstweilen einem der Urheber, dem Wirthe zur Rheinlust, zurückgegeben worden. — Es ist zu

bedauern, daß die aus solcher Quelle fließende Angelegenheit, weder in ihrem Ursprunge, noch in den Mitteln, welche zum Sammeln der Unterschriften gebraucht wurden (als gelte es die Erreichung ganz anderer Zwecke), geeignet ist, allgemeine Theilnahme zu finden; mag der Ausgang sein, welcher er will, so hoffen wir, es werde sich eine Gelegenheit bieten, welche jedem Bürger, frei von allen Nebenrücksichten, gestattet, sich bei einer reinen und würdigen Darlegung der Treue und Anhänglichkeit zu betheiligen.

Sonntag den 8. d. M. wurde in Heidelberg der Abschied des Abg. Peter, welcher als Mitglied der Regierung des Unterheinkreises seinen Wohnsitz nach Karlsruhe verlegt, im Saale der Harmonie durch ein Festmahl gefeiert. Zum ersten Male bei solchem Anlasse in Heidelberg nahmen auch Frauen Theil und überreichten dem Scheidenden ein Ehrengeschenk. Bürgermeister Winter brachte den ersten Trinkspruch dem vielgeprüften und stets bewährten Vertreter der Stadt, und schilderte seine Verdienste für die Sache des Fortschrittes in Baden und Deutschland. Herr Anwalt Kuchler verlas die Dankadresse an den Abg. Peter, der in tief gemüthlichem Vortrag dankte. Unter den vielen Toasten, welche das ernst-beiterte Mahl würzten, erwähnen wir die Sprüche des Herrn Anwalt Kuchler auf die Frauen, die Wächterinnen, die Königinnen des Hauses! — Von Hrn. Dr. Brugger, deutschkatholischem Pfarrer, auf einen wahren Felsenmann! — Von Bürgermeister Winter, auf die Schweizer, unsere Vorkämpfer für Geistesfreiheit! —

Verschiedenes.

— Das ministerielle Journal des Debats sagt, daß der letzte französische Landtag von Anfang bis zu Ende schlecht ausgefallen sei, das Ministerium und die conservative Mehrheit ihre Schuldigkeit nicht gethan haben. Allein es setzte am andern Tage hinzu, die Regierung sei stark genug, um über einzelne Mißgriffe, welche leicht gut zu machen seien, die Wahrheit ertragen zu können; das gegenwärtige Ministerium sei das beste, welches Frankreich haben könne.

— Die französische Regierung hat dem Papste ihre Bereitwilligkeit erklärt, seine Souveränität und Unabhängigkeit zu garantiren, und ihn bei allen Zugeständnissen, die er seinem Volke machen will, kräftig zu unterstützen.

— Die allgemeine preussische Zeitung erklärt das Anerbieten einer Anleihe von dem Kaiser von Rußland an den König von Preußen für ein Phantom.

— Nach Zeitungsberichten hätte der Befreier des Herrn Moras von der preussischen Behörde die Rettungsmedaille begehrt, und die Theilnehmer an dem ständischen Feste in Breslau hätten beschlossen, das von der Polizei verbotene Feuerwerk zu verkaufen und den Erlös an Karl Heinzen als Beitrag zum Reisegeld nach Amerika zu senden.

— Die bayerische Regierung sucht Geld an der Frankfurter Börse, um die Lücken in der Staatskasse zu füllen und den Eisenbahnbau zu betreiben.

— Bei dem Sängereste in Regensburg am 26. Juli trug Prinz Eugenius, der edle Ritter, den Sieg davon. Das Lied, von Kunz in der ursprünglichen Melodie her-

gestellt und trefflich instrumentirt, machte den größten Eindruck und mußte wiederholt werden.

— Die allgemeine Zeitung bringt einen Ausruf des Hrn. Professors Fichte zu einer Versammlung der Philosophen nach Gotha vom 23. bis 25. September. Deutschland ist berühmt durch seine Philosophen und wenn sie gar alle beisammen sind, gibt es Krieg.

— Hoffentlich ist es nicht richtig, was der schwäbische Merkur vom Main berichtet, daß die deutsche Postconferenz darum nicht statt finden werde, weil sich die Regierungen über den Ort der Zusammenkunft nicht hätten einigen können! Das wäre doch in unserer Zeit ein gar schlimmes Zeichen für die deutsche Einheit, und wir wollen einstweilen den Berichten, welche Dresden als den Sitz der Postconferenz bezeichnen, mehr Glauben schenken.

— Dem Prinzen Friedrich von Preußen wurde bei seiner Rückkehr nach Düsseldorf von einer Arbeiterdeputation eine Adresse mit 2525 Unterschriften von Fabrikarbeitern und Handwerkern überreicht, worin sie für die Verwendung der Prinzen in der Herrencurie zu Gunsten des Schutzes der deutschen Arbeit danken, und um fernere Verwendung für Verbesserung ihrer Lage bitten. Eine Stelle in der Adresse lautet: „Unsere heißen Wünsche gehen darauf hinaus, gehörige Beschäftigung zu erhalten, und wenn wir diese in Folge genügenden Schutzes der Arbeit erlangen, wird, wie wir nicht zweifeln, der Verdienst sich auch verbessern; ohne einen vermehrten Absatz der inländischen Industrieerzeugnisse im Inland und den ungehemmten Absatz im Auslande liegt es aber außer dem Bereiche der Möglichkeit, daß jener naturgemäße Zustand herbeigeführt werde.“

— Die preussische Gesesammlung enthält eine Verordnung vom 5. Juli, worin das Spielen in ausländischen Lotterien, welche nicht genehmigt sind, so wie das Errichten von Lotterien, Glücksbuden, Verloofungen, ohne besondere Erlaubnis, mit Geldstrafe bis zu 500 Thalern bedroht wird. Ähnliche Verordnungen bestehen auch anderwärts, werden aber nicht gehalten, so lange der Staat selbst Glücksspiele betreibt.

— Die preussische Gesesammlung enthält die von den vereinigten Ständen berathenen Gesetze über die Juden und über die Einstellung der ständischen Rechte wegen Bescholtenheit. Einige ständische Beschlüsse sind darin beachtet, andere nicht. Endlich wird die Offenlichkeit der Sitzungen der Stadtverordneten gestattet; doch behält sich der König das Recht vor, diese Erlaubnis den Städten, welche sie missbrauchen sollten, wieder zu entziehen.

— Oestreich macht aus der Staatskasse die nöthigen Darleihen, damit die Eisenbahn von Venedig nach Mailand noch in diesem Jahre vollendet werden kann, und den Vorschlag vor der sarbinischen Bahn (von Genua nach den Alpen) gewinne.

— In Albanien ist in Folge einer Truppenaushebung ein Aufstand gegen die Pforte ausgebrochen und weit verbreitet; gegen 3,000 Mann sollen sich schon unter einem gewissen Giuleta gesammelt haben.

— Ein Abt Valentin in Lyon, in dessen Kloster heimliche Pressen gefunden wurden, ist zu 6 Monaten Gefängnis und 10,000 Frk. Geldstrafe verurtheilt worden.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.